

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....		XXV
§ 1 Einführung		1
I. Vorverständnisse		1
II. Angehörigkeit als Gegenstand eines allgemeinen föderalen Verfassungsrechts		5
1. Die Europäische Union als föderale Staatenverbindung.		6
2. Föderales Angehörigkeitsrecht.		12
III. Hindernisse		13
1. Statusanalyse und „Rundreise“ durch die gesamte Rechts- ordnung		13
2. Problematische Kontrastierung der Unionsbürgerschaft mit der „Marktbürgerschaft“ des älteren Gemeinschaftsrechts ..		15
3. Lösungsmöglichkeiten		17
IV. Aufbau der Untersuchung		18
V. Das Vorbild Heinrich Triepels		19

1. Teil

Die Bundesangehörigkeit als Grundbegriff des föderalen Verfassungsrechts

21

<i>Kapitel 1: Die herkömmlichen Kategorien für Angehörigkeits- beziehungen und ihre Anwendung auf die Unionsbürgerschaft</i>		22
§ 2 Die traditionellen Kategorien: Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft		22
I. Wechselbezüglichkeit von Staatsangehörigkeit und Staats- bürgerschaft		22
II. Die Staatsangehörigkeit		24
III. Die Staatsbürgerschaft		29
§ 3 Die Problematik der Anwendung der herkömmlichen Kategorien auf die Unionsbürgerschaft		31

I.	Staatsbezogene Kategorien für ein nichtstaatliches Gebilde?	31
1.	Nichtstaatlicher oder nachstaatlicher Charakter der Unionsbürgerschaft?	31
2.	Die Problematik der Reduktion der Angehörigkeits- kategorien auf die Staatsangehörigkeit	33
II.	Fragwürdige Ausrichtung des staatsrechtlichen am völker- rechtlichen Staatsangehörigkeitsbegriff	35
III.	Föderalismusblindheit des herkömmlichen Staatsangehörig- keits- und Staatsbürgerschaftsbegriffs.	39
1.	Unitarische Wahrnehmung des Angehörigkeitsrechts auch für die Bundesstaaten	39
2.	Die Föderalismusblindheit der klassischen Kriterien der Staatsangehörigkeit	41
a)	Ausschließlichkeit der Staatsangehörigkeit	42
b)	Unmittelbarkeit der Staatsangehörigkeit.	43
3.	Die Föderalismusblindheit des Staatsbürgerschaftsbegriffs . . .	45
a)	Das Fehlen föderalismusbezogener Unterscheidungen. . . .	46
b)	Föderalismusblinde Gleichheitsmaßstäbe.	47
IV.	Zwischenbilanz.	49
	<i>Kapitel 2: Föderale Angehörigkeitskonfigurationen in vergleichender Perspektive: USA, Schweiz, Deutschland</i>	<i>51</i>
§ 4	Die Notwendigkeit vergleichender Einordnung.	51
I.	Gründe für den Vergleich mit anderen föderalen Systemen	51
II.	Die Erkenntnischancen vergleichender Längsschnitte.	54
1.	Ansatzpunkte für den Vergleich mit der Entwicklung des US-amerikanischen, schweizerischen und deutschen Angehörigkeitsrechts	54
2.	Methodische Vorsichtsregeln.	56
§ 5	Entwicklung und Bedeutung der „federal citizenship“ in den Vereinigten Staaten.	60
I.	Die Konföderationsartikel	61
II.	Die Situation zwischen 1787/88 und 1868	65
1.	Die verfassungsrechtliche Ausgangslage und ihre Unklar- heiten.	65
2.	Die Dred-Scott-Entscheidung des Obersten Gerichtshofs. . . .	69
III.	Die Unitarisierung nach dem Sezessionskrieg	73
1.	Der Vierzehnte Verfassungszusatz von 1868.	73
2.	Freizügigkeit für Bedürftige: Edwards v. California (1941) . . .	76

IV. Die Bedeutung der federal citizenship im geltenden Recht der USA	78
§ 6 Die Matrix der Bundesangehörigkeit im kontinentaleuropäischen Föderalismus: das Schweizer Bürgerrecht	80
I. Rudimentäre Anfänge: die Schweizer Eidgenossenschaft 1815–1848	82
II. Das Modell der Vermittlungsangehörigkeit im Schweizer Bundesstaat von 1848	83
1. Vermittlungsangehörigkeit und Verflechtung von Gliedstaats- und Bundesgewalt	83
2. Die Begrenzung der kantonalen und gemeindlichen Armenlasten als Hintergrund des Vermittlungsmodells	85
3. Unitarisierung des schweizerischen Angehörigkeitsrechts bei Fortbestehen des Vermittlungsmodells; Gegenwarts- problematik im Einbürgerungsrecht	88
4. Die Kernpositionen des Schweizer Bürgerrechts von 1848: Niederlassungsfreiheit und Inländerbehandlung in den anderen Kantonen	91
§ 7 Der deutsche Föderalismus: Von den Untertanenrechten der Bundesakte zur einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit	94
I. Der Beginn: die Untertanenrechte in Art. 18 der Deutschen Bundesakte	95
II. Der bundesstaatliche Entwurf: die Paulskirchenverfassung	98
III. Der beginnende deutsche Bundesstaat: Norddeutscher Bund und Deutsches Reich	100
1. Das gemeinsame Indigenat des Art. 3 NBV	100
a) Der Inhalt des gemeinsamen Indigenats	102
aa) Die Inländerbehandlung in den anderen Bundes- staaten	102
bb) Komplementäre Verbürgungen: Freizügigkeit und Armenunterstützung	104
b) Der Ausschluß politischer Rechte aus dem gemein- samen Indigenat	107
2. Der Einbürgerungsanspruch zuwandernder Bundes- angehöriger in den deutschen Einzelstaaten	110
3. Gemeinsames Indigenat und Bundesangehörigkeit	113
4. Das Bundes- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1870	114
IV. Unitarisierung und Zentralisierung des föderalen Angehörig- keitsrechts: Weimarer Republik, Nationalsozialismus, Bundesrepublik	118

1. Die Diskussion in der Weimarer Republik und die Beseitigung der Landesangehörigkeiten durch den NS-Gesetzgeber	118
2. Die Situation unter dem Grundgesetz	119
§ 8 Die Skala föderaler Angehörigkeitsbeziehungen zwischen allgemeinem Fremdenrecht und einheitlicher Bundesangehörigkeit.	122
I. Bilanz der vergleichenden Längsschnitte	122
II. Notwendigkeit eines skalierten Modells föderaler Angehörigkeitsbeziehungen	124
<i>Kapitel 3: Die Bundesangehörigkeit als Rechtsbegriff</i>	128
§ 9 Angehörigkeit	128
I. Angehörigkeit zu einem Territorialverband	128
1. Angehörigkeitskonzentration versus ständische Pluralität ...	128
2. Angehörigkeit zu einem reinen Personalverband?	130
II. Angehörigkeit, Gebietshoheit und Fürsorgerecht	131
III. Die Kernelemente der Angehörigkeit: Aufenthaltsrecht und Fürsorgelast.	134
IV. Angehörigkeit und Bürgerschaft	135
1. Vernachlässigung der Angehörigkeitsdimension in der theoretischen Diskussion über den Bürgerbegriff.	136
2. Die Außendimension der Angehörigkeit	137
V. Gemeinde-, Landes-, Bundesangehörigkeit: Angehörigkeit als Mehrebenenphänomen	138
VI. Abschied von der Angehörigkeit? Die Diskussion um eine „nachwestfälische Bürgerschaft“ und ein „Neues Mittelalter“ ...	140
§ 10 Die Bundesangehörigkeit als Zugehörigkeit einer Person zu einem föderalen Verband	143
I. Vorbemerkungen zur Begrifflichkeit des föderalen Verfassungsrechts.	143
II. Bundesangehörigkeit und Staatsangehörigkeit	145
1. Keine Identität von Bundesangehörigkeit und Staatsangehörigkeit.	145
2. Bundesangehörigkeit und positivrechtliche Ausgestaltung. ...	147
3. Grundsatzeinwände gegen die Existenz der Bundesangehörigkeit außerhalb der Bundesstaaten	148
a) Bundesangehörigkeit und Eigenständigkeit des Bundesrechts	151

b) Bundesangehörigkeit und Anknüpfung an die Gliederstaatsangehörigkeit	152
III. Bundesangehörigkeit in Internationalen Organisationen?	154
1. Angehörige einer Regionalorganisation? Angehörige einer Weltföderation?	155
2. Angehörigkeitsstatus des Personals Internationaler Organi- sationen?	159
IV. Die Bundesangehörigkeit als Status	162
1. Bereitschaftscharakter der Bundesangehörigkeit	162
2. Bundesbürgerschaft statt Bundesangehörigkeit?	164
V. Zwischenbilanz	165
§ 11 Die untrennbare Verknüpfung zwischen Gliederstaatsangehörigkeit und Bundesangehörigkeit	166
I. Untrennbarkeit von Gliederstaatsangehörigkeit und Bundesangehörigkeit	166
1. Gedankenspiel zweier völlig selbständiger Angehörigkeits- beziehungen zu Gliederstaaten und Bund	166
2. Die Akzessorietät von Gliederstaats- und Bundes- angehörigkeit	168
a) Das Phänomen der föderalen Angehörigkeits- verflechtung	169
b) Die Angehörigkeitsverflechtung im heutigen deutschen Bundesstaat	170
c) Angehörigkeitsverflechtung und Verleihung von Wahlrechten an Ausländer durch die Gliederstaaten	172
d) Sonderkonstellationen: Bundesfremde Gebiete und bundesfremde Angehörige der Gliederstaaten	173
II. Die Möglichkeit einer Bundesangehörigkeit ohne Gliederstaats- angehörigkeit	174
1. Bundesangehörigkeit und Pluralität der Gliederstaats- angehörigkeiten	174
2. Die Möglichkeit einer abstrakten Bundesangehörigkeit	176
III. Keine Hierarchie zwischen Gliederstaats- und Bundes- angehörigkeit	179
1. Versuche einer Hierarchisierung in der klassischen Staats- lehre	179
2. Die Bundesangehörigkeit als bundesrechtliches Institut	180
3. Die Ausgestaltung der Bundesangehörigkeit als Ausdruck des allgemeinen Verhältnisses von Bundesrecht und Gliederstaatenrecht	182

4. Das Verhältnis von Gliedstaatsangehörigkeit und Bundesangehörigkeit als Problem der föderalen Kompetenzordnung	183
a) Die Notwendigkeit der Verknüpfung von Bundes- und Landesrecht im föderalen Angehörigkeitsrecht	183
b) Verweisungen im föderalen Angehörigkeitsrecht	185
IV. Probleme der Ankopplung der Bundesangehörigkeit an die Gliedstaatsangehörigkeit: der fehlende Einfluß des Bundes auf das Einbürgerungsrecht der Gliedstaaten	187
1. Die strikte Bindung des Bundes an die Verweisung auf die Staatsangehörigkeit der Gliedstaaten	187
2. Die Ankopplung der Bundes- an die Gliedstaatsangehörigkeit als angehörigkeitsrechtliches „dédoublement fonctionnel“	188
3. Einbürgerungskontrolle durch den Bund im heutigen deutschen Bundesstaat	191
V. Resümee	194
§ 12 Symbolisch-integrative Bedeutung der Bundesangehörigkeit?	194
I. Symbolische Wirkung des Angehörigkeitsrechts?	195
II. Symbolische Wirkung der Zusammenfassung der bundesbürgerlichen Rechte in einem Gründungsdokument?	196
1. Bundesangehörigkeit und Katalog von Bürger- und Menschenrechten?	198
2. Ambivalenz von Bundesgrundrechten in föderalen Ordnungen	199
III. Symbolische Wirkung durch Benennung des Status der Bundesangehörigkeit in einem Gründungsdokument?	201
1. Gründe und Folgen der Benennung des Status der Bundesangehörigkeit	201
2. Parallele bei der Desintegration bestehender Staatenverbindungen	204
3. Parallele zur symbolischen Hervorkehrung der Staatsangehörigkeit der Gliedstaaten	205
IV. Fazit	205
§ 13 Vertikale und horizontale Dimension der Bundesangehörigkeit	206
I. Die beiden Dimensionen der Bundesangehörigkeit	206
II. Die vertikale Dimension der Bundesangehörigkeit: die bundesbürgerlichen Rechte auf der Bundesebene	207
III. Die horizontale Dimension der Bundesangehörigkeit: das gemeinsame Indigenat	208

1. Das gemeinsame Indigenat als die Rechtsstellung der Bundesangehörigen gegenüber den anderen Gliedstaaten . . .	208
2. Parallelen und Unterschiede des gemeinsamen Indigenats zu den völkerrechtlichen Niederlassungsabkommen	210
a) Die traditionellen Niederlassungsabkommen	211
b) Der Unterschied zwischen den Niederlassungsverträgen und dem gemeinsamen Indigenat föderaler Ordnungen. .	214
aa) Die Struktur der Niederlassungsabkommen als Austauschverträge	215
bb) Die Überwindung der Austauschstruktur durch das gemeinsame Indigenat	216
3. Parallele Regelungen in nachkolonialen Staatenverbindungen (insbesondere Union Française, Commonwealth) . . .	221
a) Gemeinsamer Status im Prozeß der Dissoziation von Groß- und Kolonialreichen	222
b) Der Unterschied zwischen einem nachkolonialen gemeinsamen Status und dem föderalen Indigenat	225
4. Das gemeinsame Indigenat als „intercitoyenneté“	227
a) Die frühe Konzeption Roger Picards: Wechselseitige Öffnung der europäischen Staaten für ihre Angehörigen .	227
b) Weiterführende Analysen der „intercitoyenneté“	229
c) Gemeinsames Indigenat und Ausländerrecht der Gliedstaaten	230
5. Das gemeinsame Indigenat als Ausdruck des Territorialitätsprinzips?	232
6. Indigenatsrechte und -pflichten; Indigenatspflichtigkeiten/-lasten.	234
a) Indigenat und allgemeiner Rechtsgehorsam	234
b) Indigenat und Kumulation identischer Pflichten bzw. Rechte gegenüber mehreren Gliedstaaten	235
c) Indigenatspflichten	238
d) Indigenatspflichtigkeiten und -lasten: Verlust des Asylrechts, Auslieferbarkeit eigener Staatsangehöriger	240
aa) Verlust des Asylrechts in den anderen Gliedstaaten . .	241
bb) Auslieferbarkeit eigener Staatsangehöriger an die anderen Gliedstaaten.	244
(a) Das Ende des Auslieferungsverbots zwischen den deutschen Einzelstaaten im Norddeutschen Bund.	248
(b) Die zunehmende Relativierung des Auslieferungsverbots innerhalb der Europäischen Union .	251
cc) Zwischenfazit	255

7. Gemeinsames Indigenat und innerföderale Mehrstaatigkeit .	255
a) Der systematische Hintergrund: Erwünschte Mehrstaatigkeit in einer Staatengruppe (Isopolitie)	257
b) Mehrfache Staatsangehörigkeit innerhalb einer föderalen Staatenverbindung	261
aa) Erwerb anderer Gliedstaatsangehörigkeiten als Vollendung der Indigenatslogik?	261
bb) Ungesicherter Ort der Mehrstaatigkeit innerhalb föderaler Systeme	264
§ 14 Zwischenbilanz: Die rechtliche Struktur der Bundesangehörigkeit . .	268
I. Rechtliche Strukturelemente der Bundesangehörigkeit	268
II. Ausblick: Die Unionsbürgerschaft als Bundesangehörigkeit	270

2. Teil

Die Unionsbürgerschaft als Bundesangehörigkeit der Europäischen Union 271

<i>Kapitel 1: Die Unionsbürgerschaft als gestuftes Angehörigkeitsverhältnis</i>	272
§ 15 Die Unionsbürgerschaft als Angehörigkeitsverhältnis zur Europäischen Union/Europäischen Gemeinschaft	272
I. Die Problematik des Zuordnungsverbands	272
1. Unionsbürgerschaft zwischen Europäischer Union und Europäischer Gemeinschaft	273
2. Einheitlichkeit des Status trotz Uneinheitlichkeit des Zuordnungsverbands	274
II. Angehörigkeitsverhältnis und Vermittlungsmodell	274
§ 16 Die Verknüpfung zwischen Staatsangehörigkeit der Mitgliedstaaten und Unionsbürgerschaft	275
I. Maßgeblichkeit des Staatsangehörigkeitsrechts der Mitgliedstaaten	275
1. Art. 17 Abs. 1 Satz 2 EG als Verweisung auf das Recht der Mitgliedstaaten	275
2. Die Staatsangehörigkeit der Mitgliedstaaten für Zwecke des Gemeinschaftsrechts	276
II. Grenzen der mitgliedstaatlichen Definitionsbefugnis der Staatsangehörigkeit für die Zwecke des Gemeinschaftsrechts . . .	280

1. Völkerrechtliche Grenzen der mitgliedstaatlichen Definitions befugnis der Staatsangehörigkeit für Zwecke des Gemeinschaftsrechts?	280
2. Gemeinschaftsrechtliche Grenzen der mitgliedstaatlichen Definitions befugnis der Staatsangehörigkeit für Zwecke des Gemeinschaftsrechts?	282
a) Verlust der Staatsangehörigkeit bei Inanspruchnahme der gemeinschaftsrechtlichen Freizügigkeit?	283
b) Gemeinschaftsrechtliche Grenzen der Ausweitung des Kreises der Staatsangehörigen für Zwecke des Gemein- schaftsrechts?	284
aa) Das Sachproblem: der fehlende Einfluß der euro- päischen Ebene und der anderen Mitgliedstaaten auf die Einbürgerung in den Mitgliedstaaten	284
bb) Die Problematik gemeinschaftsrechtlicher Grenzen des Einbürgerungsrechts der Mitgliedstaaten	287
(a) Die Frage des Maßstabs einer Treuwidrigkeit der Mitgliedstaaten	287
(b) Rechtsfolgen treuwidriger Staatsangehörigkeits- regelungen?	288
3. Sonderprobleme bei mehrfacher Staatsangehörigkeit	289
a) Doppelte Staatsangehörigkeit zu Mitgliedstaat und Drittstaat	290
b) Doppelte Staatsangehörigkeit zu zwei Mitgliedstaaten	290
III. Ablösung der Unionsbürgerschaft von der Staatsangehörigkeit der Mitgliedstaaten? Die Frage einer selbständigen Unions- bürgerschaft für Drittstaatsangehörige	292
1. Die Föderalismusfremdheit einer abstrakten Unionsbürger- schaft für Drittstaatsangehörige	293
2. Verleihung von Einzelrechten an Drittstaatsangehörige ohne statusrechtliche Dimension	297
IV. Resümee	299

<i>Kapitel 2: Das gemeinsame Indigenat als die Rechtsstellung der Unionsbürger gegenüber den anderen Mitgliedstaaten</i>	<i>301</i>
--	------------

§ 17 Das Aufenthaltsrecht in den anderen Mitgliedstaaten	
I. Das Aufenthaltsrecht in den anderen Gliedstaaten als Grund- komponente der Bundesangehörigkeit	301
1. Die angehörigkeitsrechtliche Bedeutung des Aufenthalts- rechts	301

2. Das Aufenthaltsrecht der Bundesangehörigen in den anderen Gliedstaaten	305
a) Die föderale Bedeutung des Aufenthaltsrechts der Bundesangehörigen in den anderen Gliedstaaten	305
b) Die spezifische Bedeutung der Personenfreizügigkeit in Wirtschaftsföderationen	307
c) Grenzen des Aufenthaltsrechts gliedstaatsfremder Bundesangehöriger	308
3. Das systematische Verhältnis von Freizügigkeit und Inländerbehandlung	310
a) Die theoretische Möglichkeit der Ineinssetzung	310
b) Die Verschiedenheit der Sachhalte	311
II. Die Wurzeln der Unionsbürgerschaft im Freizügigkeitsrecht: die „Gemeinschaftsangehörigkeit“ vor der Unionsbürgerschaft .	315
III. Das Aufenthaltsrecht von Unionsbürgern in den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union	318
1. Die Freizügigkeitsverbürgung des Art. 18 Abs. 1 EG im Kontext des gemeinschaftsrechtlichen Freizügigkeitsrechts . .	318
a) Freizügigkeitsrechte vor der Unionsbürgerschaft	318
b) Das Hinzutreten des allgemeinen Freizügigkeitsrechts . .	320
2. Rechtliche Bedeutung des Art. 18 Abs. 1 EG: die „Konstitutionalisierung“ des Freizügigkeitsrechts	320
a) Die unmittelbare Anwendbarkeit von Art. 18 Abs. 1 EG	320
b) Die Möglichkeit primärrechtskonformer Auslegung des Sekundärrechts	322
c) Die Stellung von Art. 18 Abs. 1 EG im System des Gemeinschaftsrechts	324
aa) Art. 18 Abs. 1 EG als grundlegende allgemeine Freizügigkeitsverbürgung	324
bb) Das Zusammenspiel von allgemeinem Freizügigkeitsrecht und allgemeinem Diskriminierungsverbot	326
cc) Art. 18 Abs. 1 EG zwischen Grundfreiheiten und Grundrechten	327
§ 18 Wirtschaftliche Bedingungen und Grenzen des Aufenthaltsrechts in den anderen Mitgliedstaaten	330
I. Wirtschaftliche Kautelen der Freizügigkeit zwischen den Gliedstaaten in föderalen Systemen	331
II. Wirtschaftliche Bedingungen der Freizügigkeit in der Europäischen Union	334

1. Wirtschaftliche Bedingungen der Freizügigkeit im Sekundärrecht	335
Exkurs: Die Bedeutung des Europäischen Fürsorgeabkommens von 1953	337
2. Primärrechtsorientierte Reduktion der sekundärrechtlichen Anforderungen auf einen bloßen Mißbrauchsvorbehalt?	339
3. Primärrechtliche Grenzen der Aufenthaltsbeendigung bei Bedürftigkeit? Grzelczyk und die Folgen.....	343
a) Das Grzelczyk-Urteil	344
b) Interpretation und Kritik.....	345
§ 19 Freizügigkeit und soziale Fürsorge in der Europäischen Union	349
I. Systematische Möglichkeiten der Ausgestaltung des Verhältnisses von Freizügigkeit und Sozialhilfe im föderalen System der Europäischen Union.....	349
1. Das herkunftsorientierte System der Nichterwerbstätigen-Richtlinien und seine Problematik	350
2. Freizügigkeit und Unterstützungsrecht zwischen der Verantwortlichkeit von Heimatstaat, Aufenthaltsstaat und Bundesebene	353
a) Die Problematik der Belastung des Aufenthaltsstaats mit den Sozialhilfekosten für zuwandernde Bundesangehörige	354
b) Zentralisierung des Fürsorgerechts?.....	355
c) Einbeziehung des Heimatstaats?	356
d) Einbeziehung der Fürsorgelasten in einen Finanzausgleich?.....	358
e) Einführung einer zeitlichen Komponente?	359
3. Naheliegende Lösungen für die Europäische Union.....	361
II. Das Regelungssystem der allgemeinen Freizügigkeitsrichtlinie ..	365
1. Die allgemeinen aufenthaltsrechtlichen Regelungen der Richtlinie	366
2. Das Daueraufenthaltsrecht	368
3. Der Aufenthaltsstatus vor Erwerb des Daueraufenthaltsrechts: das Verhältnis von Aufenthaltsrecht und Inanspruchnahme von Sozialhilfe	369
a) Der Anspruch auf Sozialhilfe in anderen Mitgliedstaaten	370
b) Die Auswirkungen der Inanspruchnahme von Sozialhilfe auf das Aufenthaltsrecht.....	374
4. Bewertung des Regelungssystems der allgemeinen Freizügigkeitsrichtlinie.....	378

III. Resümee	380
§ 20 Diskriminierungsverbot	381
I. Die Inländerbehandlung als Grundkomponente der Bundesangehörigkeit	381
II. Die zentrale Bedeutung des Diskriminierungsverbots für den Status der Unionsbürger	385
III. Gleichheitsrechtlicher und föderativer Charakter des Diskriminierungsverbots	387
1. Das Diskriminierungsverbot als spezielles Gleichheitsrecht ..	387
2. Die föderale Bedeutung des Diskriminierungsverbots über die Marktintegration hinaus	388
3. Der persönliche Anwendungsbereich: die Unionsbürger	390
a) Die Gründe für die Beschränkung auf die Unionsbürger: Inländerbehandlung als wechselseitiges Angehörigenprivileg.	391
b) Inländerbehandlung von Drittstaatsangehörigen	393
4. Der sachliche Anwendungsbereich	395
a) Die Probleme der Bestimmung des sachlichen Anwendungsbereichs und die Kriterien der EuGH-Rechtsprechung	395
b) Die geringe Aussagekraft der Rechtsprechungskriterien: das Beispiel der Unterhaltsbeihilfen für Studenten	397
c) Föderale Bedeutung des Diskriminierungsverbots und Kompetenzordnung.	401
d) Der sachliche Anwendungsbereich des allgemeinen Diskriminierungsverbots	404
IV. Rechtfertigung von Ungleichbehandlungen: Die Frage der Einbeziehung von Unionsbürgern in die beitragsunabhängigen Sozialleistungen der Mitgliedstaaten	407
1. Vorüberlegungen: Ökonomische Integration und politische Solidarität in der Europäischen Union im Kontrast zu den USA	408
2. Ansatzpunkte für eine Rechtfertigungsdogmatik in der bisherigen EuGH-Rechtsprechung	413
a) Vorbehaltsbereiche der Grundfreiheiten; Rechte nationaler Anerkennung; Kenntnisse der National- oder Amtssprache.	413
b) Sozialleistungen für zuwandernde nichterwerbstätige Unionsbürger	416
3. Überlegungen zu einer Dogmatik abgestufter Solidarität in der Europäischen Union	418

a)	Anerkennung von Wartezeiten für den Leistungsbezug ..	418
b)	Systematische Korrespondenzen zwischen der Ermöglichung von Wartezeiten und dem geltenden Sekundärrecht	420
c)	Argumentationsmuster zur Rechtfertigung abgestufter Solidarität mit zuwandernden Unionsbürgern	421
aa)	Die Problematik der möglichen Rechtfertigungen...	422
bb)	Die Rechtfertigungsmöglichkeit durch die Knapp- heit finanzieller Ressourcen und die fehlende voll- ständige Zugehörigkeit des zuwandernden Unions- bürgers zum mitgliedstaatlichen Solidarverband	423
V.	Der Unionsbürgerstatus als Status allgemeiner Gleichbehand- lung über das Diskriminierungsverbot hinaus?	426
1.	Formel des Europäischen Gerichtshofs	426
2.	Gleichbehandlung und versteckte Diskriminierung	427
3.	Gleichbehandlung und freizügigkeitsbedingte Nachteile des Unionsbürgers im Heimatstaat	427
4.	Gleichbehandlung und umgekehrte Diskriminierungen	429
VI.	Resümee	432
§ 21	Wahlrechte in den anderen Mitgliedstaaten	433
I.	Wahlrechte im gemeinsamen Indigenat	433
1.	Staatsangehörigkeit und Wahlrechte	434
a)	Die grundsätzliche Verkoppelung von Staatsangehörig- keit und Wahlrechten	434
b)	Durchbrechungen der Konnexität von Staatsangehörig- keit und Wahlrecht	435
2.	Wahlrechte gliedstaatsfremder Bundesangehöriger in föderalen Ordnungen	436
a)	Die Pluralität der Wahlrechte in föderalen Ordnungen ..	438
b)	Wahlrechte der Bundesangehörigen in Gliedstaaten, deren Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen	438
aa)	Die fehlende Problemlage bei unitarischem Angehörigkeitsrecht	438
bb)	Die Problemlage bei Vermittlung der Bundes- angehörigkeit durch die Gliedstaatsangehörigkeit ...	440
c)	Wahlrechte in den anderen Gliedstaaten als Korrelat von Freizügigkeit und Inländerbehandlung der Bundes- angehörigen	441

II. Das Kommunalwahlrecht der Unionsbürger in den anderen Mitgliedstaaten	443
1. Die Beschränkung des politischen Indigenats auf die kommunale Ebene.	443
2. Nationales Verfassungsrecht und unionsbürgerliche Partizipation auf kommunaler Ebene: die Notwendigkeit einer Neubestimmung des demokratischen Legitimationskörpers in den Kommunen	446
a) Der Regelungsgehalt des Gemeinschaftsrechts und von Art. 28 Abs. 1 Satz 3 GG hinsichtlich der Teilnahme von Unionsbürgern an kommunalen Abstimmungen . . .	447
b) Die Bedeutung der Einführung von Art. 28 Abs. 1 Satz 3 GG für die verfassungsrechtliche Dogmatik des Demokratieprinzips auf kommunaler Ebene	448
aa) Grundsätzliche Einwände gegen eine Einbeziehung von Art. 28 Abs. 1 Satz 3 GG in die systematische Interpretation des Demokratieprinzips auf kommunaler Ebene	448
bb) Kommunalwahlrecht für Unionsbürger und Demokratieprinzip auf kommunaler Ebene	450
(a) Die Öffnung des gesamten kommunalen Legitimationskörpers für Unionsbürger	450
(b) Neuer Legitimationskörper ohne Modifikation des Volksbegriffs des Grundgesetzes	452
3. Doppelte Ausübung des Kommunalwahlrechts in Wohnsitzstaat und Heimatstaat?	455
a) Mehrfachberechtigung von Bundesangehörigen in den Einzelstaaten und politisches Indigenat	456
b) Lösungsalternativen als Ausdruck unterschiedlicher föderaler Leitvorstellungen	458
4. Fortbestehender Unterschied zwischen den Wahlrechten des auswärtigen Unionsbürgers und des Staatsangehörigen des Wohnsitzstaats: die Notwendigkeit territorialer Aktivierung	460
a) Wohnsitzabhängigkeit der wahlrechtlichen Inländerbehandlung	460
b) Parallelen im Sozialrecht: Keine Einbeziehung der Unionsbürger in die Sozialhilfe, die bedürftigen Staatsangehörigen im Ausland gewährt wird	461
III. Resümee	462

§ 22 Diplomatischer Schutz durch die anderen Mitgliedstaaten	
I. Auslandsschutz im gemeinsamen Indigenat	463
1. Diplomatischer Schutz eigener Staatsangehöriger als Hoheitsrecht des Heimatstaats	464
2. Diplomatischer Schutz in föderalen Staatenverbindungen . . .	466
a) Vorüberlegung: Wegfall des diplomatischen Schutzes im Verhältnis der Gliedstaaten untereinander	466
b) Doppelter Schutz durch Gliedstaaten und Bund	469
c) Schutz der Bundesangehörigen durch die anderen Gliedstaaten	470
II. Diplomatischer Schutz von Unionsbürgern durch die Europäische Union/Europäische Gemeinschaft?	473
1. Art. 20 EG und der diplomatische Schutz durch Union oder Gemeinschaft.	473
2. Diplomatischer Schutz durch die Europäische Union?	473
3. Diplomatischer Schutz durch die Europäische Gemeinschaft?	474
a) Diplomatischer Schutz für Gemeinschaftsbedienstete . . .	474
b) Diplomatischer Schutz für alle Unionsbürger?	475
aa) Diplomatischer Schutz als Korrelat einer bestehen- den Personalhoheit der Gemeinschaft?	476
bb) Diplomatischer Schutz durch die Gemeinschaft als Korrelat einer fehlenden Schutzmöglichkeit durch den Heimatstaat: der Fall der von der Gemeinschaft abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge	478
III. Diplomatischer Schutz von Unionsbürgern durch die anderen Mitgliedstaaten	480
1. Der Umfang des gewährleisteten Schutzes	480
2. Die völkerrechtliche Bedeutung des Schutzes durch die anderen Mitgliedstaaten	483
a) Notwendigkeit der Zustimmung der Drittstaaten	483
b) Lockerung der nationality rule beim diplomatischen Schutz?	484
3. Der rechtliche Charakter der gemeinschaftsrechtlichen Schutzpflicht	485
IV. Resümee	486

<i>Kapitel 3: Die Rechtsstellung der Unionsbürger gegenüber der Europäischen Union/Europäischen Gemeinschaft</i>	488
§ 23 Wahlrecht zum Europäischen Parlament	489
I. Die Bedeutung des Wahlrechts zum Bundesparlament in föderalen Systemen.	489
II. Die primärrechtliche Gewährleistung: das Wahlrecht zum Europäischen Parlament nach Art. 190, Art. 19 Abs. 2 EG	491
1. Die Bedeutung der Einbeziehung von Unionsbürgern in das Europawahlrecht des Wohnsitzstaats	492
a) Keine Rechtsposition des gemeinsamen Indigenats, sondern eigenständiges Recht auf europäischer Ebene . . .	492
b) Fehlerhafte Wahrnehmung des gesamten Europawahlrechts vom gemeinsamen Indigenat her	494
2. „Vertreter der Völker der in der Gemeinschaft vereinigten Staaten“: das Legitimationssubjekt der Europawahl im Spiegel der Parallelproblematik im US-amerikanischen Verfassungsrecht	495
a) Die Problematik der Diskussion von der Frage eines „europäischen Volkes“ her	496
b) Die Parallelproblematik in den Vereinigten Staaten	496
c) Der föderative Charakter des Legitimationssubjekts.	498
III. Die Ausgestaltung des Wahlrechts durch die Mitgliedstaaten . . .	501
IV. Unionsbürgerschaft und Wahlrechtsgleichheit	502
1. Primärrechtliches Gebot der Wahlrechtsgleichheit?	502
2. Anwendbarkeit eines mitgliedstaatlichen Grundsatzes der Wahlrechtsgleichheit auf die nationale Ausgestaltung des Wahlrechts zum Europäischen Parlament?	505
V. Resümee	507
§ 24 Bilanz und Ausblick.	508
Literaturverzeichnis	523
Personenregister	591
Sachregister	593